

auch die rasche Umsetzung der Ergebnisse in die praktische Anwendung herausfordert . . .“ [7].

Unter diesem Leitmotiv wären folgende Gesichtspunkte zu diskutieren:

1. Orientierung der Forschung an wenigen ausgewählten Problembereichen der beruflichen Bildung unter gleichzeitigem Verzicht auf die Bearbeitung anderer Bereiche.
2. Verstärkung einer empirisch orientierten Forschung, die sich sowohl deskriptiv-analytisch auf gegebene Realsituationen- als auch konstruierend-analytisch auf angestrebte Veränderungen, etwa im Rahmen der Versuchsmaßnahmen, bezieht.
3. Reduzierung einer grundlagenorientierten Forschung im BBF bei gleichzeitigem Ausbau der Kommunikation und Kooperation zu Institutionen, die unter gegebenen Strukturen eher befähigt sind, „zweckfrei“ orientierte Grundlagenforschung zu betreiben.
4. Verstärkung einer anwendungsorientierten und umsetzungsorientierten Forschung bei gleichzeitiger Reduzierung der Sachverständigkeit, die sich unter angemessener Terminierung primär am jeweiligen Forschungsstand zu orientieren hat.

Eine Diskussion dieser Gesichtspunkte erscheint insoweit sinnvoll, als sie klare und eindeutige Entscheidungsalter-

nativen unter ausgewogener Beachtung forschungstheoretischer, forschungspraktischer und pragmatischer Kriterien anstrebt und sowohl gegebene Organisationsstrukturen als auch sogenannte „Sachzwänge“ nicht von vornherein tabuisiert, sondern rationalen Erwägungen zugänglich macht. Unter diesen Voraussetzungen und einer angemessenen Einbeziehung der Bildungspolitik/Bildungsplanung und Bildungspraxis könnten arbeitsaufwendige „Scheindiskussionen“ und damit einhergehende „Scheinlösungen“ möglicherweise vermieden werden.

Anmerkungen

- [1] Hegelheimer, A.: Berufsbildung und Arbeitswelt, Schriftenreihe des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Heft 17, Köln 1971, S. 14 f.
- [2] Blankertz, H., Claessens, D., Edding, F.: Gutachten zur Frage der Gründung eines Forschungsinstituts für Berufsbildung, vervielf. Manuscript, Berlin 1966
- [3] ebenda, S. VII
- [4] Fenger, H.: Arbeitsmarktforschung — Berufsforschung — Bildungsforschung, Versuch zur Bestimmung von Schwerpunkten, Angrenzungen und Überschneidungsbereichen, in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1968, S. 327
- [5] Lemke, H.: Zur Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes, Restauration statt Reform, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12, Köln 1969, S. 10
- [6] Hesse, H. A.: Berufe im Wandel, Stuttgart 1972, S. 118
- [7] Rosenthal, H.-J.: Berufsbildungspolitik im Übergang von reaktiver zu aktiver Phase, in: Mitteilungen des BBF, Heft 1/71, S. 14

ANFORDERUNGEN AN DIE BERUFSBILDUNGSFORSCHUNG

Horst Lemke

Anforderung der Praxis an die Berufsbildungsforschung im BBF

Zur Fragestellung

Die Überschrift könnte leicht den Eindruck erwecken — insbesondere bei den Forschern selbst —, als ginge es darum, Forschung in unzulässiger Weise einem sehr eingeengten Praxisanspruch zu unterwerfen. Der Eindruck wäre falsch. Richtig ist vielmehr: Gerade die neueren Entwicklungen in der Berufsbildung, z. B. die Frage nach den Ursachen des Rückgangs an Ausbildungsplätzen und den Möglichkeiten, diesem Rückgang zu begegnen, haben gezeigt, wie dringend Beiträge der Berufsbildungsforschung zur Lösung dieser „praktischen“ Probleme erwartet werden. Gäbe es keine Institution der Berufsbildungsforschung, man müßte sie schnellstens schaffen.

Und, um gleich noch ein weiteres mögliches Mißverständnis auszuräumen: Orientierung an den Bedürfnissen der Praxis ist durchaus nicht notwendigerweise auf das Tagesgeschehen beschränkt. Vielmehr gehören hierzu auch langfristige und weit vorausgreifende Fragestellungen und Forschungsvorhaben: Es ist bedauerlich, daß Forschung oft erst beginnt, wenn die Probleme kaum noch lösbar sind. Schließlich ist

Forschung ja auch Vorausschau und insoweit ein Beitrag, Probleme zu vermeiden. Die Verantwortlichen in der Berufsbildung, in den Betrieben und Verbänden, in Regierungen und Parlamenten, müssen oft kurzfristige Entscheidungen treffen. Ihr Urteil über die Berufsbildungsforschung wird weitgehend davon beeinflußt, ob sie rechtzeitig Entscheidungshilfen liefert und ihre Rolle in der „Politikberatung“ wahrnimmt oder ob sie — wie bisher noch der Regelfall — bei Entscheidungen nur auf ihren eigenen Rat angewiesen sind.

Berufsausbildern und Lehrern, Bildungsforschern, Bildungsplanern und Bildungspolitikern begegnet der Begriff Praxis fast täglich in der Auseinandersetzung um die richtigen Lösungen. Redensäten wie: In der Praxis ist das alles ganz anders, oder: Ich will Ihnen mal aus der Praxis berichten, oder: Ja, wir Praktiker sind offenbar unausweichlich. Dabei wird der Anspruch, Praktiker zu sein oder mindestens die Praxis zu kennen und für sie zu sprechen, von fast allen erhoben, ob sie nun unmittelbar in der Berufsausbildung tätig sind, also selbst ausbilden, oder ob sie Ausbildung planen und leiten, oder ob sie in Verbänden und anderen

Institutionen tätig sind. Selbst wenn Ausbildungs- und Prüfungsordnungen durch Praktiker aus den Betrieben erarbeitet wurden — und dieses Beispiel ist auf andere Regelungen übertragbar —, werden sie häufig von anderen „Praktikern“ als praxisfremd abgelehnt. Wenn Vielfalt und Dynamik entscheidende Merkmale eines Berufsbildungssystems sind, gibt es aber nicht die Praxis, dann ist es auch nicht möglich, eine „Meßlatte Praxis“ aufzustellen und daran einfach die Forschungserfordernisse der Berufsbildung abzulesen.

Schließlich noch eine Vorbemerkung zur Effizienz der Berufsbildungsforschung, die sich wohl vor allem danach bemüht, ob ihre Ergebnisse in Entscheidungen umgesetzt werden bzw. ob sie dazu beitragen, Fehlentscheidungen zu verhindern. Kein Zweifel, daß hier noch viele Wünsche offen sind. Darauf wird weiter unten noch einzugehen sein. Aber allen, die mit der Berufsbildung zu tun haben, wäre im Interesse der Berufsbildung zu raten, hier keine strengeren Maßstäbe anzulegen als bei der übrigen auf einen bestimmten Zweck ausgerichteten Forschung. Wenn sogar in der unmittelbar auf Anwendung bezogenen Industrieforschung nur ein Bruchteil der „Ergebnisse“ erfolgreich angewendet wird — man denke nur an die vielen Prototypen der Autoindustrie, die nie zur Produktionsreife gelangen — um wieviel schwieriger ist es dann, in einem so differenzierten und politisch kontroversen Bereich, wie der Berufsbildung einen hohen Umsetzungsgrad der Forschung zu erreichen.

Das BBF

Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung wurde 1970 auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes von 1969 errichtet. Zwar gab es auch vorher schon Berufsbildungsforschung in anderen Institutionen, z.B. bei der Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung, verschiedenen Handwerksinstitutionen, in einigen Großbetrieben und natürlich auch in den Hochschulen und bei der Bundesanstalt für Arbeit, aber eine umfassende Forschungseinrichtung für die berufliche Bildung war nicht vorhanden. Die Schaffung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung entsprach einem dringenden Bedürfnis. Ein außerordentlich großer Nachholbedarf, der trotz der zunehmend erfolgreichen Arbeit des BBF in den folgenden Jahren wegen der rasanten Entwicklung in der Berufsbildung eher noch größer geworden ist, muß aufgearbeitet werden.

Daß Bundesinstitut kann den gesamten Forschungsbedarf in der Berufsbildung allein nicht befriedigen, selbst dann nicht, wenn die Zahl der Mitarbeiter drastisch erhöht würde. Allein die Modernisierung und regelmäßige Überprüfung der Ausbildungsordnungen für über 400 Ausbildungsberufe erfordert einen Aufwand, der nicht ohne die Mitarbeit der Fachleute aus Betrieben, Schulen und Verbänden zu leisten ist. Dies ist aber nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Aufgabenbereich des BBF. Von großer Bedeutung ist deshalb

- die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Institutionen und einzelnen Forschern;
- die Einbeziehung der Fachleute aus Betrieb und Schule in die Forschungsarbeit (auch zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Forschung und Praxis);
- die richtige Auswahl der Forschungsvorhaben aus der Vielfalt der dringenden Aufgaben;
- ein optimaler und flexibler Einsatz des Forschungspersonals;
- die Wahl des richtigen Zeitpunktes.

Es wird immer nur annähernd gelingen, die richtigen Forschungsvorhaben zum richtigen Zeitpunkt anzugehen und die Ergebnisse dann vorzulegen, wenn sie gebraucht werden. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, die Programme

und die eingeleiteten Vorhaben ständig zu überprüfen, bedarf es der Bereitschaft, sie gegebenenfalls zu ändern oder zurückzustellen. Wie für die Berufsbildungsforschung, so gilt auch für Berufsbildungsforschung: In den meisten Fällen sind umfangreiche und tief schürfende Forschungsvorhaben von geringerer Bedeutung als Informationen, die rechtzeitig kommen, auch wenn ihre Fragestellung eingeschränkt war und bei ihrer Aufbereitung nicht alle weiteren Aspekte beachtet werden konnten. Der Zusammenhang mit aktuellen Problemen ist nun mal besonders wichtig. Für die Forscher mag das manchmal bitter sein, aber es ist Realität. Wenn „normale Ausbildungsplätze“ fehlen, ist das Bedürfnis nach Vorschlägen für Ausbildungsgänge mit zusätzlichen Anforderungen weniger stark, als wenn es genügend solcher Ausbildungsplätze gibt und gleichzeitig Fachleute mit besonderer Qualifikation fehlen und deshalb Wege gesucht werden müssen, sie optimal auszubilden. Wenn zehntausende Berufsausbilder den nach dem BBIG erforderlichen Mindestnachweis für die pädagogische Eignung noch nicht erbracht haben, sind Forschungsvorhaben, die auf eine weitere Steigerung der fachlichen und pädagogischen Qualifikation zielen, nicht so vordringlich. (Dies ist keine Stellungnahme zu einzelnen Forschungsvorhaben).

Reformieren oder Festschreiben?

Berufsbildungsforschung befaßt sich vor allem mit der Gegenwart der Berufsbildung. Da sie wie jede Forschung prinzipiell darauf angelegt sein muß, diese Gegenwart, hier also die Berufsbildung, ihre Formen, Einflüsse, Meinungen und Eckwerte, die Übereinstimmung von Anspruch und Wirklichkeit zu untersuchen, kann sie von denjenigen, die das derzeitige System in seinen Grundlagen und seinen Ausprägungen unverändert erhalten wollen, als eine permanente Bedrohung empfunden werden, weil sie durch ihre Arbeit auf Veränderung tendiert.

Daraus kann leicht eine Belastung, nicht nur für die Fragestellungen der Berufsbildungsforschung schlechthin, sondern auch für die einzelnen Forschungsvorhaben und für die Forscher selbst werden. Sie kann zur Resignation oder Zuspitzung der Fragestellung und Interpretation führen. Für beides gibt es nicht nur in der Berufsbildungsforschung aktuelle Beispiele. Die Berufsbildungsforschung wird dabei vor allem dann Schaden leiden, wenn die Forschungsergebnisse durch persönliche Meinungen gefärbt werden oder solche dabei gar dominieren. Gerade in den Fragen, die offenkundig sachlich und politisch umstritten sind, muß die Berufsbildungsforschung besonders gründlich und weitgehend unbeeinflußt von Vorurteilen sein. Dies gilt übrigens nicht nur für die Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen des BBF, sondern auch für private oder offizielle „Forschungsbeiträge“ der Berufsbildungsforscher.

Es ist ein unschätzbarer Gewinn für die Berufsbildungsforschung, daß es dem BBF möglich war, Forschungsvorhaben anzugehen, die im Spannungsfeld von Festschreibung und Reform angesiedelt sind und dadurch sowohl zu einer Stabilisierung beitragen können, wenn sie sinnvoll ist, aber auch die Veränderung vorantreiben, wenn sie notwendig ist. Daß diese Forschungsvorhaben von Arbeitgebern, deren generelle Haltung eher auf Festschreibung zielt und den Gewerkschaften, die eher eine tiefgreifende Veränderung fordern, gemeinsam beschlossen und getragen werden, ist der größte Vorteil. Das sollte auch zukünftig so sein.

Die konkreten Forschungsvorhaben werden in den Organen des BBF beraten und im Forschungsprogramm festgelegt. Hier ist nicht der Ort, auf dieses Programm im einzelnen einzugehen, vielmehr sollen noch einmal Kriterien und Maßstäbe für ein solches Programm genannt werden:

In der Beurteilung des dualen Systems der Berufsbildung begegnet man immer wieder denselben Annahmen. Sie sind — wenn auch nicht unbestritten — Grundpfeiler dieses Berufsbildungssystems. Nun hat aber gerade die jüngste Ver-

gangenheit gezeigt, man denke nur an die Untersuchung der Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung durch die sogenannte Edding-Kommission oder den Rückgang des Angebots an Ausbildungsplätzen, daß bestimmte Annahmen mindestens teilweise falsch oder durch die Entwicklung der Wirtschaft sowie des Bildungs- und Beschäftigungssystems überholt sind. Es wäre schlecht, wenn sich auch andere Annahmen erst dann als nicht mehr zutreffend erweisen, wenn es bereits zu spät ist, konkrete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Berufsbildungsforschung kann sich deshalb nicht nur um die sogenannten Graufelder, die noch unerforscht sind, kümmern oder um Bereiche, die einen anerkannt großen Nachholbedarf haben, sie muß auch die „Tatsachen“, d. h. die Grundannahmen auf ihre Zuverlässigkeit überprüfen. Solche Grundannahmen sind z. B.:

- Größere Betriebe haben eine besonders wichtige Funktion für die Weiterentwicklung und die Stabilisierung der Berufsbildung.

In der Öffentlichkeit sind Großbetriebe häufig das Aushängeschild der Berufsbildung, ausländische Besucher werden fast nur in solche Einrichtungen geführt. Die Diskussion orientiert sich vielfach an der Praxis der Lehrwerkstätten und den Problemen der hauptamtlichen Ausbilder. Der tatsächliche Einfluß dieser Einrichtungen ist jedoch bisher weder in qualitativer noch in quantitativer Hinsicht genau nachgewiesen. Der aktuelle Rückgang des Ausbildungsplätzenangebots in Industrie und Handel einerseits und die Zunahme der Ausbildung im Handwerk andererseits deuten eher auf das Gegenteil hin.

- Betriebliche Ausbildung gilt als weniger kostenaufwendig als etwa eine Berufsausbildung in Schulen. Bei entsprechender Qualität sei sie letztlich für alle Beteiligten billiger als andere Formen der Berufsbildung. Zu diesem Problemkreis hat die Edding-Kommission bereits Fakten geliefert, aber immer noch sind viele Fragen offen. Hier könnte die Berufsbildungsforschung noch weitere Klarheiten bringen.

- Eine erfolgreiche Berufsausbildung kann nur in der Ernstsituation der betrieblichen Praxis durchgeführt werden. Simulationen und lehrgangsmäßige Aufbereitungen seien nur unvollkommener Ersatz. Ein großer Lernfortschritt könne nur durch eine systematische Ausbildung erreicht werden. Je länger der Auszubildende in Lehrwerkstätten oder ähnlichen Einrichtungen sei und je mehr dort Lehrgänge und Ausbildungsmittel verwendet würden, um so größer sei die Chance für den Ausbildungserfolg. Steht diese Annahme nicht im Gegensatz zu der Tatsache, daß Jugendliche mit geringer schulischer Vorbildung, z. B. Hauptschüler ohne Abschluß und Sonderschüler, viel häufiger in Betrieben ohne Lehrwerkstätten und ohne die Nutzung überbetrieblicher Ausbildungsstätten sind, als Hauptschulabsolventen und Realschüler? Welche bildungspolitischen Konsequenzen müssen gezogen werden?

Gegenstand der Berufsbildungsforschung ist die Praxis der Berufsbildung im weitesten Sinne. Daher ist es selbstverständlich, daß Forschung Hilfe leisten muß, die Berufsbildungspraxis zu verbessern. Ausbildungsordnungen, Weiterbildungsordnungen usw. sind erforderlich. Aber auch hier ist die Praxis wie sie sich heute darstellt, keineswegs tabu. So sollen z. B. die vorhandenen Ausbildungsberufe kein unveränderbares Raster für neue Ausbildungsordnungen sein, weil sich gerade in der Weiterentwicklung zeigt, daß Berufe zusammengefaßt, gestrichen oder neu geschaffen werden können. Es sollte ja nicht nur neuer Wein in alte Schläuche oder alter Wein in neue Schläuche gegossen werden. Das BBF hat in letzter Zeit hervorragende Beiträge zur Verbesserung der Berufsbildung geleistet, die sich auch von weit überzogenen Vorstellungen wohltuend unterscheiden. Aber es hat auch hier feststellen müssen, daß Vorschläge zur Weiterentwicklung fast immer auf Widerstände derer stoßen, die ihre bisher gewohnte, geschätzte Praxis — die für eine

bestimmte Zeit ja auch wirklich akzeptabel war — verändern müssen. Ein weiteres Beispiel für widerstreitende Interessen ist die Tatsache, daß die Anwendung von Ausbildungsmitteln bei der Ausbildung am Arbeitsplatz oft schwierig oder unmöglich ist. Ferner ist es Tatsache, daß eine obligatorische berufliche Grundbildung für viele Berufe die Ausbildung im ersten Ausbildungsjahr in Betrieben unmöglich macht. So führt die Forderung nach Einführung der beruflichen Grundbildung, die zwar von allen Beteiligten unterstützt wird, auch zu Veränderungen in der Praxis.

Nicht immer bringt die Offenlegung bestimmter Sachverhalte durch Forschung das erwartete Ergebnis, besonders dann nicht, wenn bisher nur auf Grund bestimmter Haltungen, Traditionen oder Annahmen gehandelt wurde. Gerade in der Berufsbildung sind solche Gründe noch häufig entscheidend.

Die Bedeutung der Berufsbildungsforschung steigt

Es ist kein Zweifel möglich: die Ressourcen der Berufsbildung sind knapper geworden. Einem Rückgang des Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen steht vor allem in den nächsten Jahren eine zunehmende Anzahl von Bewerbern gegenüber. Hinzu kommt, daß wegen der Vorbildung der Bewerber, der knapper gewordenen Ausbildungszeit und der steigenden Qualitätsaufforderungen die Arbeit für die Ausbildungsbetriebe (und Berufsschulen) schwieriger wird. Hier muß die Berufsbildungsforschung Hilfe leisten, damit die Betriebe und die beruflichen Schulen auch unter veränderten Bedingungen ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Bedeutung der Berufsbildungsforschung nimmt aber auch zu in dem Maße, in dem Gepflogenheiten und Regelungen mehr als bisher generalisiert werden. Wenn z. B. die Inhalte der beruflichen Grundbildung nicht für einen, sondern für mehrere Berufe gelten sollen, wenn Regelungen einzelner zuständiger Stellen für alle verbindlich werden, muß besonders sorgfältig geprüft werden, ob das für alle Betroffenen sinnvoll und durchführbar ist.

Weiterentwicklung und Verbesserung der Berufsbildungsforschung

Die Bundesregierung hat den Entwurf der Neufassung des Berufsbildungsgesetzes vorgelegt. Er enthält auch Veränderungen der Regelungen für das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung. Daraus geht hervor, daß die Bundesregierung die bisherigen gesetzlichen Möglichkeiten nicht als ausreichend ansieht, um die an die Berufsbildungsforschung zu richtenden Aufgaben zu erfüllen. Kapazität und Aktionsradius des Instituts müssen verbessert werden.

Das duale System der beruflichen Bildung braucht keinen Dualismus in der Berufsbildungsforschung. Berufsbildungsforschung darf sich nicht nur auf den betrieblichen Teil von Bildungsgängen erstrecken, weil dafür der Bund die Zuständigkeit hat, und den schulischen Teil völlig herauslassen, weil hierfür die Länder zuständig sind. Zukünftig muß erreicht werden, daß Inhalte und Ziele von Bildungsgängen insgesamt Gegenstand der Berufsbildungsforschung sind und aus „einem Guß“ entwickelt werden.

Viele Entwicklungsaufgaben und Regelungsvorbereitungen in der Berufsbildung, die unmittelbar mit der Forschung zusammenhängen, müssen noch effektiver bearbeitet werden können. Dies gilt auch für Modellversuche, ihre Betreuung und Umsetzung in Regelungen und Hilfsmittel, das gilt für die Vorbereitung von Rechtsverordnungsentwürfen, für die Förderung und den Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten usw.

Aber auch in Zukunft ist davon auszugehen, daß eine einzelne Institution für die Berufsbildungsforschung nicht in der Lage ist, die vielfältigen Aufgaben der Berufsbildungsforschung allein zu lösen. Die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Einrichtungen muß deshalb verbessert und weiterentwickelt werden.